

HERBERT EHRENBERG

Eine neue Wirtschaftspolitik der Bundesregierung

Analyse der drei letzten Regierungserklärungen

I

Die Regierungserklärung, mit der Bundeskanzler *Kiesinger* das Programm der ersten Bundesregierung, die auf einer Koalition zwischen CDU-CSU/SPD basiert, vorgelegt hat, hat in der Öffentlichkeit ein wohlwollendes Echo gefunden. Es wurden die präzise Art und die konkreten Aussagen der Erklärung gelobt und anerkannt, daß hier versucht wurde, die von der vorherigen Regierung hinterlassene Erbschaft möglichst kurzfristig zu liquidieren. Beim wirtschaftspolitischen Teil gab es keinen Zweifel, daß hier deutlich die Handschrift des neuen Bundeswirtschaftsministers, Professor *Schiller*, sichtbar wurde.

Wir wollen uns heute auf den wirtschaftspolitischen Teil der Regierungserklärung beschränken und die Grundzüge dieses wirtschaftspolitischen Programms mit den entsprechenden Aussagen in den beiden Regierungserklärungen Professor *Erhards* vergleichen. Aus diesem Vergleich muß sich ergeben, ob hier grundsätzlich neue wirtschaftspolitische Akzente gesetzt worden sind oder ob nur eine bisher schlecht geführte Politik besser gemacht werden soll.

Die erste Regierungserklärung des Kabinetts Erhard vom 18. Oktober 1963¹⁾ gab der Wirtschaftspolitik keinen breiten Raum. Nur das gewohnte Pathos der Erhard'schen Wirtschaftsministerreden war noch stärker geworden. Es ist deutlich erkennbar, daß Erhard selber auch als Bundeskanzler die Richtlinien der Wirtschaftspolitik bestimmen wollte. Es werden in dieser Regierungserklärung auch die wichtigsten Aufgaben für 1964/65 angesprochen, allerdings — wie bei Professor Erhard gewohnt — nicht mit sonderlich konkreten Aussagen. Sätze wie: „Die schöpferischen Energien des deutschen Volkes sind nach dem Kriege in erster Linie dem wirtschaftlichen Wiederaufbau zugute gekommen. Dank unserer freiheitlichen Politik verfügen alle Schichten unseres Volkes

1) Vgl. "Deutscher Bundestag" — 4. Wahlperiode, 90. Sitzung vom 18. 10. 1963.

über einen weiten Spielraum zur eigenen Entfaltung. Der wirtschaftliche Wettbewerb hat die Kräfte gewogen und gestärkt..." finden sich in dieser Erklärung an vielen Stellen. Der eigentliche wirtschaftspolitische Teil beginnt dann mit einer Art Bürgerschaftserklärung:

„Auch als Bundeskanzler verbürge ich mich dem Hohen Haus und der deutschen Öffentlichkeit gegenüber, die Politik der „Sozialen Marktwirtschaft" konsequent fortzuführen.

Die wesentlichen Elemente dieser Politik sind Ihnen bekannt. Das Bemühen um ein stabiles Preisniveau steht an der Spitze der wirtschaftlichen Rangordnung. Wir alle sollten uns bei jeder Entscheidung dieser schweren Verantwortung bewußt sein, handelt es sich doch dabei um eine Aufgabe, die keine Regierung zu keinem Zeitpunkt endgültig als gelöst ansehen kann. Wenn ich sage „wir alle", dann möchte ich damit zum Ausdruck bringen, daß die Wahrung der Stabilität nicht nur von Entscheidungen der Regierung abhängt, sondern daß es des Zusammenwirkens aller bedarf, um diesem Grundsatz Geltung zu verschaffen. Gerade eine freiheitliche Gesellschaftsordnung, die zur Entfaltung der Persönlichkeit und der privaten Betätigung der Bürger weitesten Spielraum geben will, setzt eine festgefügte staatliche Ordnung und eine stabile Währung voraus.

Zu jenem Ordnungsrahmen gehört das Prinzip des Wettbewerbs. Er ist nicht lediglich als ein ökonomisch-technisches Organisationsprinzip des Marktgeschehens zu begreifen; Wettbewerbspolitik im weitesten Sinne dient der Durchsetzung gerechter Entscheidungen und verhindert die Erstarrung des Lebens in vorgefaßten ideologischen Normen oder gesellschaftlichen Zuständen.

Eine so verstandene Politik wird darum auch am besten dem gesellschaftspolitischen Wunsch und Willen gerecht, das Bewußtsein der Selbstverantwortung des Staatsbürgers zu stärken, aus der die Kraft fließt, sich durch Leistung bewähren zu wollen. Das Wettbewerbsprinzip ist die Wurzel des sozialen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufstiegs überhaupt und besitzt darum Gültigkeit nicht etwa nur für die Schicht der Unternehmer, sondern für die Angehörigen aller Berufe..."

Nach dieser Betonung der Bedeutung des Wettbewerb wird auf den Kartellbericht eingegangen und auf die Arbeit des Sachverständigenrates. Dann heißt es:

„Eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung kann sich nicht allein am Wachstum, sondern muß sich, wie gesagt, nicht minder auch am Ziele der Stabilität der Währung orientieren. Eine so verstandene erfolgreiche Wirtschaftspolitik dient zugleich der Erhaltung der politischen Ordnung. Gerade die Geschichte der Weimarer Republik zeigt die enge Beziehung zwischen Politik und Wirtschaft auf..."

Mehr ist in der ersten Regierungserklärung des Kabinetts Erhard über Wirtschaftspolitik nicht zu finden. Wie wenig aus den großen Worten um das stabile Preisniveau geworden ist, ist zumindest nach dem Zusammenbruch der 2. Regierung Erhard für jeden deutlich geworden. Auch hat die ständige Betonung der Bedeutung des Wettbewerbsprinzips nicht dazu geführt, daß während der Regierungszeit Erhards die Preisbindung der 2. Hand aufgehoben wurde, obgleich auch im Bundeskartellbericht 1965 deutlich darauf hingewiesen wurde, daß nach allen im Jahre 1964 durchgeführten Aufhebungen der Preisbindung der 2. Hand der Index der Einzelhandelspreise in diesen Bereichen bis zu mehr als 20 vH gesunken ist²).

Es ist hier nicht die Absicht, die Diskrepanzen zwischen Worten und Taten des ehemaligen Bundeskanzlers Erhard im einzelnen nachzuweisen; es geht für diesmal um die in den Regierungserklärungen zum Ausdruck kommenden Grundzüge der Wirtschaftspolitik. Die Regierungserklärung des 2. Kabinetts Erhard ist dabei noch viel unergiebiger als die Aussagen vom 18. Oktober 1963. In der Regierungserklärung³), die er zu Beginn seiner 2. Regierungsperiode abgab, räumt Professor Erhard der Wirtschaftspolitik noch weniger Raum ein. Statt dessen gibt es lange Ausführungen über das verschwommene Konzept der formierten Gesellschaft. Wirtschaftspolitische Aussagen zu Einzelbereichen finden sich nur verstreut in mehreren Passagen dieser Erklärung. Ein kon-

2) „Bericht des Bundeskartellamtes über seine Tätigkeit im Jahre 1964". Bundestagsdrucksache TV/3752, 4. Wahlperiode S. 12.

3) „Deutscher Bundestag"— 5. Wahlperiode, 4. Sitzung vom 10. 11. 1965.

EINE NEUE WIRTSCHAFTSPOLITIK DER BUNDESREGIERUNG

konkretes Programm für die begonnene Legislaturperiode ist nicht zu finden, obgleich zumindest die Preisentwicklung des Jahres 1965 zu ernster Besorgnis Anlaß gab⁴⁾. Statt eines konkreten Programms gab es lediglich so allgemeine Aussagen wie folgende:

„Die Wahlen zum 5. Deutschen Bundestag standen unter der Forderung nach Sicherheit und Stabilität unseres wirtschaftlichen und sozialen Lebens. Die Wahlentscheidung selbst bewies, wie eng im Bewußtsein der Wähler der Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Stabilität und politischer Sicherheit geworden ist. Die Bundesregierung hat ein überzeugendes Mandat für eine solche Politik erhalten. Den Wählern ist für ihr Vertrauen nicht besser zu danken, als ihren Auftrag in den kommenden Jahren sehr ernst zu nehmen und die zur Sicherheit dieser Ordnung notwendigen Aufgaben schnell und entschlossen anzupacken ...“

Ohne den noch stärker gewordenen Preisauftrieb zur Kenntnis zu nehmen, wird hier weiterhin wirtschaftliche Stabilität versprochen. Statt konkreter Maßnahmen wird lediglich angekündigt, „die Politik der Sozialen Marktwirtschaft konsequent fortzusetzen und dadurch die ökonomischen Grundlagen für eine sich in Freiheit und Frieden festigende Gesellschaft sicherzustellen“.

Sonst befindet sich in dieser Regierungserklärung an konkreten wirtschaftspolitischen Aussagen lediglich die Aufforderung an die Arbeitnehmer, „die tariflich vereinbarte Arbeitszeit um eine Stunde zu erhöhen“. Zur Lösung der anstehenden Probleme kann aber wohl selbst Professor Erhard diese Aufforderung als nicht ausreichend angesehen haben.

II

In der Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966⁵⁾ dagegen hat die Wirtschaftspolitik einen bedeutsamen Platz. Aber es wird nicht nur im Gegensatz zu den Erhard'schen Regierungserklärungen der Wirtschaftspolitik sehr viel mehr Bedeutung beigemessen; die Aussagen sind konkret und die politischen Ziele werden deutlich abgesteckt. Voraus geht eine Einführung, die eine eindeutige Bankrotterklärung der Wirtschafts- und Finanzpolitik der vorherigen Regierung enthält. Die unverzüglich eingeleiteten Maßnahmen der Bundesregierung werden wie folgt konkretisiert:

„Erstens: Die Deutsche Bundesbank hat in letzter Zeit mehrfach zu erkennen gegeben, daß sie aus konjunkturpolitischen Gründen eine weitere Lockerung der Kreditrestriktionen ins Auge fassen werde, wenn hieraus keine Gefahren für die Geldwertstabilität erwüchsen. Die Bundesregierung hält nunmehr eine entscheidende Lockerung der Kreditrestriktionen durch die Deutsche Bundesbank für sachlich geboten. Die Bundesregierung würde eine fühlbare Senkung des Diskontsatzes und entsprechende Erleichterungen für den Geld- und Kapitalmarkt begrüßen.

Zweitens bittet die Bundesregierung den Deutschen Bundestag, den Gesetzentwurf zur Abschaffung der Kuponsteuer bald zu beraten. Dabei sollte der enge Zusammenhang mit Zeitpunkt und Ausmaß der erhofften kreditpolitischen Entscheidungen der Deutschen Bundesbank berücksichtigt werden.

Drittens wird die Bundesregierung, wenn es erforderlich ist, durch gezielte Ausgaben die Investitionstätigkeit in unserer Volkswirtschaft beleben. Für den Straßenbau, für die Modernisierung von Bundesbahn und Bundespost sowie für andere vordringliche Investitionen ist für diesen Fall im Rahmen eines Eventualhaushalts oder nach Verabschiedung des Stabilitätsgesetzes in Anwendung des § 3 des Entwurfs ein zusätzlicher Betrag bis zu 2,5 Md. DM vorzusehen.

Viertens erwartet die Bundesregierung von den genannten Maßnahmen Impulse, die weit über ihre unmittelbaren Wirkungen hinausgehen. Ihre wirtschaftspolitische Aktion ist die Aktion einer stabilen und handlungsfähigen Regierung mit breiter parlamentarischer Grundlage. Diese staatliche Autorität gewährt den Unternehmen die notwendige Sicherheit, um ihre betrieblichen Planungen und ihre Investitionsentscheidungen auf eine Wiederbelebung der Konjunktur zu richten. Nachdem die innenpolitische Unsicherheit gewichen ist, können sich die spontanen Kräfte des Marktes wieder entfalten.“

4) Der Preisindex für die Lebenshaltung eines vierköpfigen Arbeitnehmer-Haushaltes stieg 1965 um 3,3 vH, der eines Zwei-Personen-Rentner- und Sozialhilfeempfänger-Haushaltes um 3,7 vH.

5) „Deutscher Bundestag“ — 5. Wahlperiode, 80. Sitzung vom 13. 12. 1966.

Dieser konkreten wachstumspolitischen Konzeption folgt die Begründung der Notwendigkeit, „in Zusammenarbeit mit dem Sachverständigenrat, den Tarifvertragsparteien, Orientierungsdaten für deren eigene Entscheidungen zur Verfügung zu stellen“. Dann wird als Ziel der „kontrollierten Expansion“ eine Wachstumsrate des realen Sozialprodukts von 4 vH bezeichnet. Um dieses Ziel zu erreichen, wird eine „neue Politik der Globalsteuerung“ angekündigt. Ferner wird eine außenwirtschaftliche Absicherung der Bemühungen um Expansion und Stabilität gefordert. Hier heißt es abschließend:

„Sollten sich hier jedoch keine Erfolge zeigen, so muß sich eine Wirtschaftspolitik, die auf Stabilität und Wachstum bedacht ist, gegenüber außenwirtschaftlichen Störungen möglichst zusammen mit anderen, wirtschaftspolitisch gleich orientierten Staaten absichern. Die Entwicklung zu einem europäischen Hartwährungsblock wäre einem nationalen Alleingang vorzuziehen.“

Abschließend wird die Absicht bekanntgegeben, ein Gesamtprogramm der Gesellschafts-, Agrar-, Verkehrs-, Wohnungsbau- und Sicherheitspolitik vorzulegen; die dazu notwendige „umfassende Bestandsaufnahme“ wird angekündigt. Gleichzeitig wird erklärt, daß umgehend mehrjährige Finanzplanungen und Investitionsprogramme für die öffentliche Hand vorgelegt werden.

III

Inhalt und Ziel dieser Regierungserklärung unterscheiden sich nicht nur deutlich von den Aussagen Professor Erhards, sie verraten eindeutig eine neue Handschrift. Diese Handschrift findet sich wieder in dem *Acht-Punkte-Programm*, das die *SPD-Bundestagsfraktion* im Herbst 1966 vorgelegt hat. Dort heißt es zu Beginn des wirtschaftspolitischen Teils:

„Die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland ist durch die politischen Versäumnisse der bisherigen Regierung in die Gefahr der Stagnation und des Rückschlages geraten. Durch sofort einzuleitende Maßnahmen muß der deutschen Wirtschaft die Möglichkeit geschaffen werden, in einen neuen Aufschwung einzutreten, damit in Zukunft Stabilität und Wachstum gesichert sind.“

Der Autoritätsverfall der bisherigen Bundesregierung muß auch im Interesse der wirtschaftlichen Stabilität schnell überwunden werden. Das wirtschaftspolitische Programm der Bundesrepublik muß darauf ausgerichtet sein, die Schrumpfung der Investitionstätigkeit, die Abschwächung der Spartätigkeit, die Drosselung des wirtschaftlichen Wachstums und deren beschäftigungspolitische und einkommenspolitische Konsequenzen abzustoppen. Dafür muß ein neuer wirtschaftlicher Aufschwung ohne Überhitzungserscheinungen eingeleitet werden.“

Des weiteren werden dann Vorausschätzungen der wirtschaftlichen Entwicklung und eine volkswirtschaftliche Gesamtrechnung gefordert, ferner das Bemühen der Bundesregierung „um ein kooperatives Verhalten der Sozialpartner“.

Die inhaltliche Übereinstimmung macht deutlich, daß der neue Bundeswirtschaftsminister seine Vorstellungen bei den Beratungen der Regierungserklärung im Kabinett durchsetzen konnte. Diese Vorstellungen stimmen mit der Grundkonzeption der Sozialen Marktwirtschaft überein; sie haben aber nichts mit jenem „wirtschaftspolitischen Schlendrian“⁶⁾ zu tun, den Professor Erhard für Soziale Marktwirtschaft hielt. Hier wird dagegen ein umfassendes wachstumspolitisches Konzept vorgelegt, das bemüht ist, die vier Ziele der Sozialen Marktwirtschaft

Vollbeschäftigung,

angemessenes Wirtschaftswachstum bei Außenhandelsgleichgewicht,

Geldwertstabilität,

gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung

gleichzeitig und gleichrangig anzustreben. Die gegenwärtige Konjunktursituation in der Bundesrepublik macht die unverzügliche Durchsetzung eines solchen Konzepts dringend nötig. Es bleibt zu hoffen, daß die sozialdemokratischen Vorstellungen sich in der Praxis ebenso durchsetzen wie bei der als Regierungserklärung vorgelegten Konzeption.

6) Vgl. Karl Schiller: „Der Ökonom und die Gesellschaft“ Stuttgart 1964, S. 92.